

Vom Zollkrieg zum Wirtschaftsfrieden.

Deutsche Vorschläge in Genua.

Eine sehr beachtenswerte Rede hat der Staatssekretär Hirsch vom Reichswirtschaftsministerium in der Wirtschaftskommission in Genua gehalten, als die Förderung des internationalen Handels beraten wurde, der unter den gegenwärtigen Zollverhältnissen schwer zu leiden hat.

Der deutsche Delegierte knüpfte an das Londoner Memorandum an, das von dem Gedanken ausgeht, daß die Schäden der Weltwirtschaft nur dann beseitigt werden können, wenn die internationalen Wirtschaftsbeziehungen wieder in ihren normalen Zustand zurückgeführt werden.

Die Zersplitterung Europas

In eine große Zahl von selbständigen Territorien hat so erkläre Hirsch, in ihrem Gefolge eine für die Produktion der Wirtschaft nachteilige Zersplitterung des Verkehrsnetzes, der Münzsysteme und der gewirtschaftlichen Gesetzgebung nach sich gezogen. Er habe feststellen können, daß die Länge der Landesgrenzen zwischen den Ländern Mitteleuropas, Ost- und Südeuropas sich um mehr als 6000 Kilometer verlängert hat. Man denke an die Heere von Beamten zur Bewachung dieser neuen Grenzen, an die Bände von Verordnungen und Einzelbescheiden zur Regelung des Personen- und Warenverkehrs! Das Interesse der Weltarbeit im ganzen verläge gebieterisch die Rückkehr normaler Wirtschafts- und Handelsbeziehungen. Der gegenwärtige Zustand kann nicht anders bezeichnet werden als

ein System des allgemeinen Zollkriegs,

gemindert durch einseitige Meistbegünstigung gegenüber einigen Ländern. Dabei sind die Kräfte so verteilt worden, daß die an sich schwächeren Länder den anderen die Meistbegünstigung zu gewähren haben. Die zerstörende Wirkung dieses Zustandes für alle liegt auf der Hand. Hirsch leitete daraus die Forderung der gegenseitigen Eindämmung des Meistbegünstigungskreises ab, besonders hinsichtlich der Zolltarife, und zwar durch alle europäischen Staaten. Aus diesem Gedanken folgt die Forderung, das gegenwärtig in Europa herrschende System von Kampfschritten sobald als möglich abzubauen. Welche verhängnisvolle Bedeutung die ungleicherartige Behandlung gerade für Deutschland im gegenwärtigen Moment hat, erläuterte der Staatssekretär an einigen Beispielen. Danach besteht in zwei Ländern ein absolutes Einfuhrverbot für deutsche Produkte, während umgekehrt Deutschland diesen Ländern die Meistbegünstigung zu gewähren hat. Andere Länder haben Spezialzölle von solcher Höhe gegen Deutschland erichtet, daß sie praktisch einem Einfuhrverbot gleichkommen.

Der deutsche Delegierte zog aus diesen Darstellungen den Schluß, daß unter solchen Umständen sich auch die auswärtigen Schulden nicht vermindern lassen. Sie steigen im Gegenteil als Wirkung der immer steigenden Passivität der Handelsbilanz. Deutschland verlangt daher die Wiedereinführung der Meistbegünstigung, um endlich die weltwirtschaftliche Möglichkeit zu finden, seine internationalen Verpflichtungen zu erfüllen, und um der Welt endlich den Wirtschaftsfrieden wiederzugeben.

Der deutsche Rechtsstandpunkt.

Darf Frankreich selbständig vorgehen?

Der französische Ministerpräsident Poincaré hat in seiner letzten Rede in ungewohnter Weise für Frankreich das Recht in Anspruch genommen, gegebenenfalls allein und ohne Verständigung mit seinen Alliierten zu Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland zu greifen, wenn Deutschland die Anforderungen der Reparationskommission nicht rechtzeitig genügt. Er hat dabei ausdrücklich betont, daß ein derartiges selbständiges Vorgehen Frankreichs dem Wortlaut des Vertrages von Versailles entspricht.

Es handelt sich um die bekannten Paragraphen des Friedensvertrages im Abschnitt über die Reparationen, wo von den Folgen einer Nichterfüllung der deutschen Verpflichtungen die Rede ist. Wenn Deutschland, so heißt es im § 17 der Anlage 2 dieses Abschnittes, irgend einer seiner Reparationsverpflichtungen nicht nachkommt, so zeigt die Reparationskommission diese Nichterfüllung unverzüglich jeder der beteiligten Mächte an und teilt ihr gleichzeitig ihre Vorschläge über die im Hinblick auf diese Nichterfüllung hier angebracht erscheinenden Maßnahmen mit. Für den Fall, daß eine vorsätzliche Nichterfüllung vorliegt, wird in dem folgenden § 18 dann weiter bestimmt, daß die Maßnahmen, zu denen die Alliierten und assoziierten Regierungen berechtigt sind und die Deutschland nicht als freiwillige Handlungen betrachten darf, in wirtschaftlichen und finanziellen Sperren- und Vergeltungsmaßnahmen bestehen können, überhaupt in solchen Maßnahmen, welche die genannten Regierungen als durch die Umstände geboten erachten.

Aus diesem Wortlaut der Bestimmungen, die Herr Poincaré zweifellos im Auge hat, sieht man, daß nicht nur von einem selbständigen Vorgehen der einzelnen an der Reparation beteiligten Mächte die Rede ist. Aus dem ganzen Wortlaut des Reparationsvertrages, von dem diese Bestimmung nur ein Teil ist, ergibt sich vielmehr ohne weiteres das Gegenteil. Keine der alliierten Mächte kann ihre Reparationsansprüche für sich allein gegen Deutschland geltend machen. Sie haben sich vielmehr nur an die Reparationskommission zu wenden, die in allen ihren Beschlüssen an genaue Abstimmungsregeln gebunden ist. Wenn eine Macht von sich aus ohne Verständigung mit den anderen Mächten vorgeht, so würde sie das ganze Reparationsystem durchbrechen. Ebenfalls, wie die einzelne Macht unmittelbar Reparationsansprüche gegen Deutschland geltend machen kann, kann sie auch für sich allein Zwangsmaßnahmen zur Durchsührung dieser Ansprüche ergreifen. Die Reparationen stehen der Gesamtheit der beteiligten gegnerischen Mächte als solcher zu. Das Gleiche muß folglich für die Anwendung aller Mittel gelten, die der Vertrag etwa für die Vollstreckung der Reparationen vorsieht. Augenscheinlich wird auch hier wieder der Versuch gemacht, eine der wenigen Garantien zu beseitigen, die der Versailler Vertrag Deutschland gegen den hat. Das ist der gleiche Versuch, wie ihn Frankreich im Frühjahr 1920 mit dem Wismarier in den Mainau unternommen hat.

Erhöhung der Beamtenbezüge?

Verhandlungen mit den Gewerkschaften am 1. Mai.

Die anwachsende Teuerung hat die Frage einer neuerlichen Steigerung der Beamteneinkünfte wieder in den Vordergrund gerückt. Der Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten beschäftigte sich in seiner ersten Sitzung nach der Osterpause mit der Angelegenheit. Es lag ein Schreiben aus dem Reichsfinanzministerium vor, das die vom Ausschuss gewünschte Erklärung über neue Maßnahmen zur Besserung der wirtschaftlichen Lage der Beamten seitens des Reichsfinanzministeriums zurzeit selber nicht abgegeben werden könne, da infolge der Abwesenheit des Reichsfinanzministers in Genua eine nähere Entscheidung an dieser Frage noch nicht erfolgen konnte.

Aus der Mitte des Ausschusses wurde darauf hingewiesen, der Ausschuss müsse über die Absichten der Regierung und den Gang der Verhandlungen vertraulich unterrichtet werden. Die Regierung möge bestätigen, daß diesmal die Regierung ohne Anregung der Spitzenorganisation aus sich heraus der Teuerung Rechnung tragen wolle. Der Ausschuss beschloß, sich durch das Schreiben der Reichsregierung nicht für befriedigt zu erklären, sondern mit Rücksicht darauf, daß Verhandlungen der Regierung mit den Gewerkschaften stattgefunden hätten, die Regierung um Auskunft über diese Verhandlungen zu ersuchen, mit der Bitte, zu weiteren Besprechungen die Mitglieder des Reichstagsausschusses für Beamtenangelegenheiten hinzuzuziehen. Eine Besprechung über die Art der geplanten Beamtenvertretungen, die ähnliche Befugnisse wie die Betriebsräte erhalten sollen, schloß sich an.

Dem Vernehmen nach beginnen die neuen Sonderverhandlungen über die Besetzungsvorlage mit den Gewerkschaftsvertretern am 1. Mai im Reichsfinanzministerium unter Hinzuziehung der Mitglieder des Reichstagsausschusses für Beamtenangelegenheiten.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Deutsch-dänische Luftschiffahrt.

Der dänische Minister des Äußeren und der deutsche Gesandte in Kopenhagen haben ein vorläufiges Abkommen zwischen Dänemark und Deutschland, betreffend die Luftschiffahrt, unterzeichnet. Das Abkommen, das Bestimmungen zur Regulierung des Luftverkehrs zwischen den beiden Ländern enthält, ist auf Grund von Verhandlungen zwischen einer von der dänischen Regierung ernannten Delegation und einer entsprechenden deutschen Delegation ausgearbeitet worden.

Erhöhung der Befähigungszulage für Beamte.

Im Reichsfinanzministerium haben Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen über die Neuregelung der Befähigungszulage für Beamte stattgefunden. Danach beträgt die Befähigungszulage a. B. in Ordinalklasse A, die bis 31. Dezember 1921 225 Mark betrug, ab 1. Januar 450 Mark; für die übrigen Ordinalklassen und Arbeiterkategorien sind entsprechende Einstellungen vorgesehen.

Der Braunschweiger Polizeistandal.

Der durch den Polizeistandal bloßgestellte Justizminister August Junke hat sein Landtagsmandat in die Hände seiner Partei zurückgegeben. Die unabhängige „Freiheit“ veröffentlicht darüber folgende Meldung: „Genosse August Junke hat mit Rücksicht darauf, daß sein Gesundheitszustand ihm auf nicht absehbare Zeit die Teilnahme an den Arbeiten des Landtages unmöglich macht, sein Landtagsmandat niedergelegt. An seine Stelle wird der Genosse Fritz Deulshausen in den Landtag eintreten.“

Die fremden Besatzungen am Rhein.

Wie von unterrichteter rheinischer Seite verlautet, sollen die französischen Truppen, die sich bisher in Bonn befanden, zur Besetzung der bisher von amerikanischen Truppen besetzten Zone Verwendung finden, sobald Bonn wieder von den in Oberschlesien freiverwendenden Engländern besetzt wird.

Sachsen innerepolitische Krise.

Die drei sozialistischen Parteien haben eine Art „Einheitsfront“ gegen das Vorgehen der nichtsozialistischen Parteien zur Erzwingung der Landtagsauflösung beschlossen. Die Kommunisten, die ebenfalls bisher die sofortige Auflösung des Landtages wollten, sind zunächst von ihrer Forderung zurückgetreten. Aber die Bedingungen, die sie für dieses Nachgeben stellten, wird noch verhandelt. Sicher ist, daß die mehrheitssozialistische Fraktion die Ansprache der Demokraten, ob sie gewillt sei, eine Umbildung der Regierung vorzunehmen, mit Nein beantwortet wird.

Frankreich.

× Gehylnale in Paris. In ganz Paris sind Plakate der Royalisten verbreitet, die zu einer großen Kundgebung für Freitagabend auffordern. Diese Plakate stellen wohl das ungeheuerlichste dar, was in diesen Tagen an Verhöhnung in Paris geleistet worden ist. Es heißt in dem Plakat, man müsse sofort in Deutschland einmarschieren, die Städte besetzen, um selbst von Vätern Besitz zu ergreifen, die zur Zahlung der Reparationen notwendig sind. „Wenn wir jetzt nicht sofort marschieren, werden es die Deutschen unverzüglich tun. Darum: Republikaner, Royalisten, alle Vaterlandsfreunde! Auf zur sofortigen Tat!“

Italien.

× Auf dem internationalen Gewerkschaftskongress in Rom wurde die Abrüstung erörtert. Der tschechoslowakische Probedeich schlug gegen einen neuen Krieg den Generalfriede vor. Dasselbe Mittel empfahlen der Italiener Reina, der Schweizer Sig und der Deutsche Dittmann. Dieser wies zudem darauf hin, daß aus Deutschland keine Gefahr Kriegsgefahr drohe. Auch ohne Einseitigkeit werde das deutsche Proletariat jede Herstellung von Kriegsmaterial verhindern, doch müßte das Proletariat der übrigen Länder ebenso handeln. Beschlossen wurde, den von der Amsterdamer Konferenz 1921 zur Prüfung und Anwendung der besten Mittel zur Befämpfung des Krieges und des Militarismus ernannten vorläufigen Ausschuss in einen ständigen Ausschuss umzuwandeln.

China.

× Amerikanisches Eingreifen in China. Nach einer Meldung aus Manila hat der amerikanische Kreuzer „Hudson“ Befehl erhalten, in die chinesischen Gewässer einzufahren. Gleichzeitig mit dieser Maßnahme erfolgte eine Verstärkung der amerikanischen Garnisonen in Tientsin um das Doppelte ihres bisherigen Bestandes. Man rechtfertigt diese Maßnahmen mit der Begründung, daß die in China drohende Revolution eine große Gefahr für die amerikanischen Staatsangehörigen darstelle, für deren Schutz rechtzeitig gesorgt werden müsse.

Aus In- und Ausland.

DA Berlin. Zur Ergänzung des Weidbüchchens über die Reparationsverhandlungen wird an den amtlichen Stellen zurzeit an einer Denkschrift gearbeitet, die eine genaue Nachweisung der bisherigen deutschen Wiederaufbauleistungen geben wird.

Berlin. An die Stelle des verstorbenen Abgeordneten Otto Gub tritt der Gewerkschaftssekretär Carl Spiegel in Bielefeld in den Reichstag ein.

München. Mit den Stimmen der sozialistischen Mehrheit nahm der Münchener Stadtrat einen Antrag an, wonach

Kadetten der Stadtgarde, die am 1. Mai an der Wallfeier teilnehmen wollen, auf Ansuchen dienstfrei zu geben ist.

Stuttgart. Reichsminister des Innern Dr. Rösler ist zum Besuch der württembergischen Regierung in Stuttgart eingetroffen. Der Minister besuchte die Villa Reichenstein, die als ständiger Sitz des Reichsverwaltungsgerichts der Reichsregierung angeboten worden ist.

London. General Adamson, der Befehlshaber einer Brigade des irischen Freistaats, wurde in einer der letzten Nächte erschossen. Eine Anzahl aufrührerischer Offiziere, die mit dem Mord in Verbindung stehen, sind verhaftet worden.

Antwerpen. Das deutsche Generalkonsulat in Antwerpen ist eröffnet worden. Es wird von Generalkonsul Franoux geleitet.

Moskau. Auf Grund des Erlasses der tschechischen Kommissararbeiten wird die Sowjetregierung für 6 Millionen Goldrubel Getreide für die Hungerrinder anlaufen.

Schlussdienst.

Drachnachrichten vom 27. April.

Die Konferenz der Zentralnotenbanken. Die Konferenz der Zentralnotenbanken in Genua, der Reichsbankpräsident Hanekelein, kehrt jetzt aus Genua zurück, nachdem die dortige Finanzkommission ihre Arbeiten beendet hat. Die Arbeiten können insofern wohl als befriedigend bezeichnet werden, als beschlossene worden ist, eine Konferenz der Zentralnotenbanken einzuberufen, die voraussichtlich schon in kürzester Zeit in London unter Führung der Bank von England zusammentreten wird. An der Konferenz werden nicht nur die Zentralnotenbanken Europas, sondern auch die Federal Reserve Bank in Amerika teilnehmen.

Mittelstands-Hilfsaktion für Oberschlesien.

DA Berlin. Der preussische Handelsminister hat eine auf gesellschaftlicher Grundlage ruhende Hilfsaktion für Handwerker, Gewerbetreibende und Kaufleute im deutschbesetzten Teile Oberschlesiens eingeleitet, die durch mittelbare Kaufschäden in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht sind, oder denen durch die neue Reichs- und Zollgrenze Absatz- und Verfertigungsbereiche verloren gehen werden. Die Stadt- und Landkreise sollen unter Heranziehung der Kreditgenossenschaften den beteiligten Gewerbetreibenden verzinsliche Darlehen gewähren, die spätestens innerhalb von drei Jahren zurückzuzahlen sind.

Der 1. Mai in den preussischen Schulen.

DA Berlin. Der 1. Mai ist in Preußen kein gesetzlicher Feiertag. Es ist daher an dem Tage grundsätzlich in den Schulen Unterricht zu halten. Hinsichtlich der Beurlaubung von Beamten, Angestellten und Arbeitern vom Dienst am 1. Mai hat sich das preussische Staatsministerium dem Beschluß des Reichstages angeschlossen, es gelten demgemäß die Anträge von Lehrern (Lehrerinnen) auf Beurlaubung vom Dienst sinngemäß für die Beamten getroffenen Anordnungen: Schulden von Eltern und Erziehungsberechtigten auf Beurlaubung ihrer Kinder vom Unterricht am 1. Mai ist zu entsprechen.

Ward im Havellande.

Mathesow. Bei dem Dorfe Senze (Westhavelland) fand ein Bauer, als er auf seinem Acker pflügte, in einer Sandgrube die Leiche eines Mannes im Sand verscharrt, von der nur die Stirn zu sehen waren. Die dann ausgegrabene Leiche zeigte Stockschläge und Würgemale. Von einem Polizeibeamten wurde dann in einem Koggenfeld ein zerbrochener Spargelstock gefunden, womit vermutlich die Schläge ausgeführt worden sind. Die Persönlichkeit des Toten konnte noch nicht festgestellt werden; aufsehend handelt es sich um einen Danwerber.

Der Schutz der nationalen Minderheiten.

München. Die Kommission der Völkerverbündigen hat ein Memorandum zum Schutz der nationalen Minderheiten ausgearbeitet. Sie fordert darin Garantien gegen jede Spezialgesetzgebung gegenüber den nationalen Minderheiten und gleichmäßige gerichtliche Behandlung der Nationalitäten, freien und bei größeren Minoritäten amtlichen Gebrauch der Muttersprache vor Behörden, Schulen und Kirchen, Durchführung der Schulverträge durch die keine Entente, möglichste Autonomie der Minderheiten, verfassungsmäßige Sicherung der parlamentarischen und gemeindlichen Vertretung und Einberufung einer nationalen Konferenz durch den Völkerverbund zur Lösung der Minderheitsprobleme.

Die bevorstehende englische Metallarbeiterausführung.

London. Hier wurde in allen Betrieben die Ankündigung angekündigt, daß, da die bisherigen Verhandlungen mit den 47 Verbänden des Metallarbeiterverbandes zu keiner Einigung führten, daß die angekündigte Aussperrung am nächsten Dienstag in Kraft treten werde.

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Presse ist auf der Grundlage des von den beauftragten Kommissionen fertiggestellten Entwurfs vom 18. Dezember 1921 am 25. April 1922 von den Bevollmächtigten des Arbeitgeberverbandes für das deutsche Zeitungsgewerbe und des Reichsverbandes der deutschen Presse abgeschlossen worden. Zugleich ist für die dem Entwurf angelegte Vereinbarung die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit durch das Reichsarbeitsministerium beantragt worden.

Berlin. (Erwerbslosenunterstützung auch an Dänen.) Der Reichsarbeitsminister hat neuerdings bestimmt, daß dänischen Staatsangehörigen, die in Deutschland erwerbslos werden, die Erwerbslosenunterstützung gewährt werden kann, wenn sie seit dem 1. Juli 1919 im Deutschen Reich wohnen und im übrigen die Voraussetzungen für die Gewährung der Erwerbslosenunterstützung gegeben sind. Dänemark läßt erwerbslosen deutschen Reichsangehörigen die gleiche Fürsorge angedeihen.

Washington. (Die Kohlenarbeiterstreik.) Die Regierung bereitet einen Plan vor, um dem Kohlenstreik ein Ende zu machen, wie hier behauptet wird. Es sei keine Rede von der Einrichtung einer Bundeskontrolle, man verlichere jedoch, daß der Plan eine dauernde Lösung, die auf den Interessen der Industrie gegärndet sei, schaffen werde. Nach einer Meldung aus New York hat man in 46 Kohlenbergwerken in den Hauptabbauzentren verhältnismäßig den Betrieb wieder aufgenommen.

Was kosten fremde Werte?

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden 100 dänische, schwedische, norwegische, österreichische, ungarische oder tschechische Kronen, 100 holländische, belgische und französische Franc, 100 italienische Lire, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Brief“ — annehmen; „Geld“ — actual.)

Währungspläne	26. 4.		25. 4.		Stand
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Dolland . . .	10596,71	10618,25	9568,00	9387,00	170 Mt.
Dänemark . . .	5912,50	5927,40	5888,25	5771,75	112 .
Schweden . . .	7260,90	7276,10	6543,80	6563,20	112 .
Norwegen . . .	5293,35	5308,65	4734,05	4745,95	112 .
Schweiz . . .	—	—	4903,65	4916,15	72 .
Amerika . . .	276,40	280,10	252,18	252,82	4,40
England . . .	1240,90	1244,10	1113,00	1110,40	20,20
Frankreich . . .	2996,70	284,50	339,55	315,45	80 .
Belgien . . .	2471,95	2408,05	2157,90	2162,70	80 .
Italien . . .	1528,05	1531,95	1363,25	1368,75	80 .
Österr. . .	8,56 1/4	8,56 1/4	8,18	8,22	85 .
Ungarn . . .	98,20	96,80	84,85	84,75	85 .
Tschechien . . .	548,30	549,70	498,30	499,65	85 .

Berlin, 26. April. (Stand der Börsen in Wien.) Wienmarkt an der heutigen Börse mit 4,96 Wt. bewertet.

Schiff

Sonnen
Sonnen
1700
Tief gelb,
Gelblich

□ Was
dann tra
Mächte d
wollen b
nach, em
mit aller
halb die
dem man
dem Peit
blasen fo
die Juge
schönung
Hägeln i
und die
aus Stro
ffentlich
Vorfesun
so daß m
nichts au
verliehen
Zegenalt
geignet,
fremden
aber auch
des Wair
ling mit
(Walpur
stark im
beim bei
künfien b

□ Auf
teilung de
blicher e
marken m
Danach w
kauf des
kommission
marken m
umzutau
reits eing
vom 1. M
kommission

+ Di
keine Klarb
schlich dar
veröffentlich
ordnung ne
Paragraph
Freistaat S

+ P
wird am 1.
im allgeme
Briefstellu

+ A
Nele gebild
Freistaates
Karioflerje
je nach Qu
erklärt.

+ Zu
geisch-luther
zu Dresden
Dr. Böhme
weiligen G
habe belchlo
Dizepräsid
Kirchenrat

+ We
Reigerun
bringlich des
unterlegen.

83

Die B
andere erf
mir nicht m
Die Be
der Hufe j
Übermut b
Wendigen g
doch nur i
möht bleib
Gewissen di
Bedürfnis.

In der
hoch sie emp
und Trost.
daß wir E
Jept ist
und Kampf
stommt. I
Wort und
unierre Leide
berühren, d
Rein i
billigen. R
Sie glücklic
Sinnen
geendet hat
er sich selbst
Sophie, die
Sophie, au
schänder Be
he vor ihm!
Seele offenk
flarum

Rutter zur
Ratur ding
von der sie
benen Repre